



AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

AMTLICHE BEKANNTMACHUNG

I. Nachtrag zur Entschädigungssatzung

Aufgrund der §§ 5, 27 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28.03.2015 (GVBl I S. 158, 188) in Verbindung mit § 17 Abs. 4 des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) vom 16.12.1969 in der zur Zeit geltenden Fassung hat die Verbandsversammlung am 25.04.2018 folgenden I. Nachtrag beschlossen:

§ 1 Abs. 1 – Verdienstausschlag erhält folgende Änderung:

Mitglieder der Verbandsversammlung und andere ehrenamtliche Tätige erhalten, wenn ihnen nachweisbar ein Verdienstausschlag entstehen kann, zur pauschalen Abgeltung ihrer Ansprüche einen Betrag von 7,00 Euro pro Sitzung der Verbandsversammlung, des Vorstandes oder des Ausschusses, dem sie als Mitglied oder kraft Satzung oder Gesetzes mit beratender Stimme angehören.

§ 1 Abs. 2 – Verdienstausschlag erhält folgende Änderung:

Hausfrauen und Hausmänner erhalten den Durchschnittssatz ohne Nachweis. Um den Durchschnittssatz zu erhalten, zeigen die Hausfrauen und Hausmänner ihre Tätigkeit zu Beginn der Wahlzeit dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung an. Als Hausfrauen und Hausmänner im Sinne dieser Satzung gelten nur Personen ohne eigenes oder mit einem geringfügigen Einkommen aus stundenweiser Erwerbstätigkeit, die den ehelichen, eheähnlichen oder eigenen Hausstand führen. Ein geringfügiges Einkommen ist nur dann anzunehmen, wenn die zeitliche Inanspruchnahme durch Erwerbstätigkeit weniger als einen halben Tag ausmacht.

§ 2 Abs. 1 – Fahrtkosten erhält folgende Änderung:

Bei Benutzung eines Kraftfahrzeuges bemisst sich der Ersatz der Fahrtkosten nach den Sätzen des Hessischen Reisekostengesetzes für die Benutzung eines privaten Kraftfahrzeuges.

§ 3 Abs. 1 – Aufwandsentschädigungen

erhält folgende Änderung:

Ehrenamtlich Tätige erhalten neben dem Ersatz des Verdienstausschlages und der Fahrtkosten pro Sitzung der Verbandsversammlung folgende Aufwandsentschädigung:

- Mitgliedern der Verbandsversammlung und des Vorstandes 24,- Euro
- zu Beratungen zugezogene Vertreter von Bevölkerungsgruppen 24,- Euro
- zu Beratungen zugezogenen Sachverständigen 24,-Euro

§ 3 Abs. 2 – Aufwandsentschädigungen

erhält folgende Änderung:

Die Aufwandsentschädigung nach Abs. 1 wird für die Wahrnehmung besonderer Funktionen und die hierdurch entstehenden höheren Aufwendungen in der Weise erhöht, dass die Funktionsträger hierfür zusätzlich monatlich eine Pauschale erhalten. Diese beträgt für

- den Vorsitzenden der Verbandsversammlung 24,-Euro
- Ausschussvorsitzende 24,- Euro
- den Verbandsvorsitzenden 136,- Euro

§ 3 Abs. 3 – Aufwandsentschädigungen

erhält folgende Änderung:

Der Schriftführer erhält für jede Sitzung eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 24,- Euro.

Vorstehender I. Nachtrag zur Entschädigungssatzung tritt rückwirkend zum 01.04.2018 in Kraft.

Künzell, den 25.04.2018 Zweckverband

„Gruppenwasserwerk Florenberg“
gez. Z e n t r a f Verbandsvorsitzender

AMTLICHE BEKANNTMACHUNG

Feststellung des Jahresabschlussergebnisses für das Wirtschaftsjahr 2016 des Zweckverbandes Gruppenwasserwerk Florenberg sowie Entlastung des Vorstandes

Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 25.04.2018 den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft HNW Herber – Niewelt – Witzel GmbH, Herrn Wirtschaftsprüfer Niewelt, Fulda, geprüften und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2016 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 6.461.795,62 € und einem Jahresüberschuss in Höhe von 0,00 € festgestellt.

Dem Vorstand wird analog § 5 des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes Entlastung erteilt.

Der Prüfungsbericht über den Jahresabschluss 2016 liegt ab

Dienstag, den 22. Mai 2018, bis einschließlich Mittwoch, den 30. Mai 2018,

im Rathaus Künzell, Unterer Ortesweg 23, 36093 Künzell, Zimmer-Nr. 201, während der Dienststunden öffentlich aus.

Künzell, den 03.05.2018 Zweckverband

Gruppenwasserwerk Florenberg
gez. Z e n t r a f Verbandsvorsitzender

Satzung über die Herstellung, Ablösung und Gestaltung von Stellplätzen für Kraftfahrzeuge und Abstellplätzen für Fahrräder (Stellplatzsatzung)

der Stadt Fulda

Aufgrund der §§ 5, 51 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO)¹ sowie der §§ 44, 76, 81 der Hessischen Bauordnung (HBO)² hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda in ihrer Sitzung am 07.05.2018 die folgende Satzung beschlossen:

¹HGO in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl I Seite 142), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28.03.2015 (GVBl I S. 158, 188)

²HBO in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.01.2011 (GVBl I 2011, 46, 180), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30.11.2015 (GVBl. S. 457)

§ 1

Geltungsbereich

Die Satzung gilt für das gesamte Gebiet der Stadt Fulda.

§ 2

Begriffe

- (1) Stellplätze im Sinne dieser Satzung sind Garagen und Stellplätze für Kraftfahrzeuge, die bezüglich ihrer Größe der Garagenverordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung entsprechen.
- (2) Abstellplätze im Sinne dieser Satzung sind Abstellplätze für Fahrräder, die bezüglich ihrer Größe, Beschaffenheit und Zugänglichkeit zum sicheren Abstellen von Fahrrädern, einschließlich Fahrräder mit elektrischem Antrieb (z. B. E-Bikes) geeignet sind. Sie können innerhalb und außerhalb des Gebäudes liegen.

§ 3

Herstellungspflicht

- (1) Bauliche oder sonstige Anlagen, bei denen ein Zu- oder Abgangsverkehr zu erwarten ist, dürfen, sofern die Satzung keine anderen Regelungen trifft, nur errichtet werden, wenn Stellplätze und Abstellplätze in ausreichender Zahl und Größe sowie in geeigneter Beschaffenheit hergestellt bzw. finanziell abgelöst werden (notwendige Stellplätze und Abstellplätze). Diese müssen spätestens im Zeitpunkt der Nutzungsaufnahme der baulichen oder sonstigen Anlage fertig gestellt bzw. abgelöst sein.
- (2) Änderungen oder Nutzungsänderungen von baulichen oder sonstigen Anlagen dürfen nur erfolgen, wenn der hierdurch ausgelöste Mehrbedarf an Stellplätzen und Abstellplätzen in ausreichender Zahl und Größe sowie in geeigneter Beschaffenheit hergestellt bzw. finanziell abgelöst wird (notwendige Stellplätze und Abstellplätze).
- (3) Hinsichtlich der Herstellungspflicht und der Höhe der Ablösesumme der notwendigen Stellplätze und Abstellplätze wurde das Stadtgebiet unter Zugrundelegung des Verkehrsentwicklungsplanes in drei Verkehrszonen unterteilt (vgl. zeichnerische Darstellung in der Anlage 2 zu dieser Satzung).

Verkehrszone I

Die Verkehrszone I umfasst alle Grundstücke (Anlieger- oder Hinterliegergrundstücke), deren Verkehrsanbindung ausschließlich durch die in der Anlage 2 markierten Straßenabschnitten erfolgt oder erfolgen kann.

Verkehrszone II

Die Verkehrszone II wird begrenzt durch die Straßenzüge Mehlerstraße/Weyhserer Weg/Willy-Brandt-Straße/Luther-Platz/Frankfurter Straße/Bardostraße/Langebrückenstraße/Breiter Weg/durch die Grünzone „In der Gartau“ bis zur Horabrücke/den Verlauf der Eisenbahnlinie Gießen-Fulda/den Verlauf der Eisenbahnlinie Fulda-Frankfurt bis zur Künzeller Straße.

Die Verkehrszone III

Das Stadtgebiet außerhalb der Verkehrszonen I und II

(4) Verkehrszone I

Aus verkehrs- und städtebaulichen Gründen wird die Herstellung von Stellplätzen mit einer Zu- oder Abfahrt zu bzw. von den in der Anlage 2 markierten Straßenabschnitten in der Verkehrszone I untersagt.

(5) Verkehrszonen II und III

Sofern die Stellplätze nicht auf dem Baugrundstück nachgewiesen werden können, besteht die Möglichkeit eines Nachweises auf einem in der Nähe befindlichen Grundstück in einer Entfernung von bis zu 300 m Luftlinie (Entfernung von der Grenze des Baugrundstücks bis zur Grenze des Stellplatzgrundstücks), wenn die erforderlichen Stellplätze für diesen Zweck öffentlich-rechtlich durch eine Baulast oder die Festsetzung eines Bebauungsplanes gesichert sind.

(6) Nur wenn ein Nachweis der Stellplätze und Abstellplätze nicht möglich ist, kann ein Antrag nach § 7 gestellt werden.

§ 4

Größe

- (1) Stellplätze müssen so groß und so ausgebildet sein, dass sie ihren Zweck erfüllen. Die Vorschriften in Bebauungsplänen und der Garagenverordnung bleiben hiervon unberührt und genießen Vorrang.
- (2) Für Abstellplätze werden, soweit nicht im Einzelfall ein geringerer Flächenbedarf nachgewiesen ist, 1,2 m² je Fahrrad als Mindestgröße bestimmt. Sie sollen ebenerdig liegen. Werden sie auf anderen Ebenen hergestellt, muss die Zuwegung mittels geeigneter Rampen oder Aufzüge erfolgen. Bezüglich der Planung von Abstellplätzen wird auf die gängigen Planungshilfen (z. B. Fahrradabstellplätze bei Wohngebäuden des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur) hingewiesen.

§ 5

Zahl

- (1) Die Zahl der nach § 3 herzustellenden Stellplätze und Abstellplätze bemisst sich nach den Stellplatzrichtwerten der Anlage 1 zu dieser Satzung, die Bestandteil dieser Satzung ist.
- (2) Für bauliche und sonstige Anlagen, deren Nutzungsart in der Anlage nicht aufgeführt ist, richtet sich die Zahl der Stellplätze und Abstellplätze nach dem voraussichtlichen tatsächlichen Bedarf. Dabei sind die in der Anlage für vergleichbare Nutzungen festgesetzten Zahlen als Richtwerte heranzuziehen.
- (3) Bei Anlagen mit verschiedenartigen Nutzungen bemisst sich die Zahl der erforderlichen Stellplätze und Abstellplätze nach dem größten gleichzeitigen Bedarf. Die wechselseitige Benutzung muss auf Dauer gesichert sein.
- (4) Steht die Gesamtzahl in einem offensichtlichen Missverhältnis zum tatsächlichen Bedarf, so kann die sich aus der Einzelermitt-

lung ergebende Zahl der Stellplätze bzw. Abstellplätze entsprechend erhöht oder ermäßigt werden.

(5) Bei der Stellplatzberechnung ist jeweils ab einem Wert der ersten Dezimalstelle ab fünf auf einen vollen Stellplatz bzw. Abstellplatz aufzurunden.

§ 6

Beschaffenheit und Gestaltung

- (1) Stellplätze müssen ohne Überquerung anderer Stellplätze ungehindert erreichbar sein. Bei Ein- und Zweifamilienhäusern werden auch bis zu 2 hintereinander liegende Stellplätze anerkannt.
- (2) Stellplätze sind entsprechend ihrer Nutzung zu befestigen. Um einer Versiegelung des Bodens entgegenzuwirken, sind versickerungsfähige Befestigungen zu verwenden, sofern der anstehende Boden hierfür geeignet ist. Alternativ zur Verwendung von versickerungsfähigen Belägen besteht die Möglichkeit anfallendes Niederschlagswasser in angrenzenden Grünflächen zu versickern. Wasserrechtliche und nachbarrechtliche Belange sind zu beachten.
- (3) Entlang der öffentlichen Verkehrsfläche ist zu den Stellplätzen ein mindestens 1,00 m breiter Grünstreifen zu schaffen und mit heimischen Hecken und/oder mit Rankpflanzen zum Straßenraum vollständig zu bepflanzen. Die Bepflanzung ist dauerhaft zu unterhalten.
- (4) Pro sechs Stellplätze einer Stellplatz- oder Garagenanlage ist mindestens ein standortgerechter Laubbaum, Hochstamm, 4x verpflanzt, mit Ballen und einem Mindeststammumfang von 16/18 cm (STU 16/18) in einem angemessenem Standraum mit 10 m² Fläche, bei einer Mindestbeetbreite von 2,50 m zu pflanzen, langfristig zu sichern und dauerhaft zu erhalten. Eine Baumscheibe ist zum Schutz vor Beschädigungen durch Fahrzeuge entsprechend zu sichern. Sofern kein Pflanzbeet von 10 m² je Baum zur Verfügung steht, ist eine Detailplanung für einen Pflanzkorb oder eine Wurzelbrücke zur Genehmigung vorzulegen.
- (5) Ab der Herstellung von 12 Stellplätzen ist die Anlage durch die Anordnung der Bäume sowie durch Hecken und Pflanzflächen zu gliedern.
- (6) Die Fassaden von Garagen, insbesondere von mehrgeschossigen Anlagen, sollen mit geeigneten Rankgehölzen begrünt werden, wenn nicht im Einzelfall durch eine ansprechende Fassadengestaltung den Belangen des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes Rechnung getragen wird.
- (7) Die Oberfläche von Tiefgaragen ist, soweit sie nicht selbst als Einstellfläche genehmigt ist, als Dachbegrünung mit einer Mindestsubstratstärke von 20 cm herzustellen. Diese ist dauerhaft zu unterhalten und zu sichern.
- (8) Flachdächer ebenerdiger Garagenanlagen über 50 m² sind konstruktionsgerecht mit einer fachgerechten Dachbegrünung mit einer Mindestsubstratstärke von 10 cm auszuführen. Diese ist dauerhaft zu erhalten und zu sichern.
- (9) Zufahrten von öffentlichen Straßen zu Stellplätzen dürfen je Baugrundstück nicht breiter als 6 m sein. Grundsätzlich ist je Baugrundstück nur eine Zufahrt zulässig, sofern zwei Zufahrten zugelassen werden, müssen diese mindestens 10 m auseinanderliegen. Bei Eckgrundstücken können ausnahmsweise zwei Zufahrten zugelassen werden, ohne dass es einer Abweichung nach § 63 HBO bedarf. Im Gewerbegebiet können bis zu 10 m breite Zufahrten ohne Abweichung nach § 63 HBO zugelassen werden.
- (10) Stellplätze und Abstellplätze für Besucher müssen vom öffentlichen Verkehrsraum aus erkennbar und zu Zeiten des Besucherverkehrs stets zugänglich sein; sie sind besonders zu kennzeichnen.
- (11) Baurechtlich notwendige Stellplätze und Abstellplätze sind dauerhaft zu unterhalten und zu sichern. Sie dürfen nicht zweckentfremdet werden.
- (12) Die Vorschriften der Garagenverordnung, des Hess. Nachbarrechtsgesetzes sowie der betroffenen Bebauungspläne genießen Vorrang und sind zu beachten.
- (13) Die Einhaltung der Vorgaben aus der Stellplatzsatzung ist im Freiflächenplan nachvollziehbar darzustellen.
- (14) Von den Vorgaben zur Beschaffenheit und Gestaltung können im Einzelfall Abweichungen nach Maßgabe des § 63 HBO zugelassen werden.

§ 7

Ablösung

- (1) Die Herstellungspflicht der Stellplätze und Abstellplätze kann auf Antrag durch Zahlung eines Geldbetrages abgelöst werden, wenn die Herstellung des Stellplatzes oder des Abstellplatzes aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht möglich ist. Ein Ablösungsanspruch besteht nicht.
- (2) Über den Antrag entscheidet der Magistrat der Stadt Fulda.
- (3) Die Höhe des zu zahlenden Geldbetrages beträgt in:

| | | |
|------------------|--------------|-----------------|
| Verkehrszone I | 650,- EURO | je Abstellplatz |
| Verkehrszone II | 6.200,- EURO | je Stellplatz |
| Verkehrszone III | 3.200,- EURO | je Stellplatz |
| | 400,- EURO | je Abstellplatz |

§ 8

Ausnahmen

Von den Regelungen dieser Satzung zur Herstellung notwendiger Stellplätze und Abstellplätze sowie zur finanziellen Ablösung der notwendigen Stellplätze und Abstellplätze können im Einzelfall Abweichungen zugelassen werden, wenn der Stellplatzbedarf durch besondere Maßnahmen oder ein spezielles Konzept (z. B. Schaffung öffentlicher Parkflächen, städtebaulicher Vertrag, abgestimmtes Verkehrskonzept) verringert oder gedeckt wird oder wenn ein unzumutbarer Härtefall vorliegt. Die Entscheidung hierüber trifft der Magistrat.